



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24824 - 33
Fernschreiber 0866-990

P/XIV/239 - 21. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Die Problematik der Verteidigungsausgaben Von H. G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	60
3 - 4	Zwischen "Dorotei" und "Fanfaniani" Vor dem Landeskongress der italienischen Christlichdemokraten Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	69
5 - 6	Schluckt die Demokratie wirklich alles ? Neuaufgelebte Parole von der "Staat-im-Staate"-Armee	109
7	Die Vergessenen Zur Geburtstagsfeier des EDI	28

* * *
* *

Die Problematik der Verteidigungsausgaben

Von H.G. Ritzel, MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses

Der Bund hat in den vergangenen Jahren in einem von der Öffentlichkeit kaum vermerkten Ausmass Vermögen geschaffelt, indem er vermögenswirksame Ausgaben aus Steuermitteln deckte. Erst unter Finanzminister Etzel zeigt sich die Keigung, die Kosten für Neubauten, Grundstückserwerb, Darlehen usw. in den ausserordentlichen Haushalt zu verweisen und aus Kapitalaufnahmen zu decken. Über dieses Thema wird im Zusammenhang mit der Schuldbelastung der gesamten öffentlichen Hand noch zu sprechen sein. Jedenfalls wäre diese steuerliche Belastung in vergangenen Jahren vermeidbar gewesen oder die entsprechenden Beträge hätten anderen, wichtigeren Zwecken dienen können.

Der Bund hat an Verteidigungs- bzw. Besatzungslasten nach den Haushaltsansätzen von 1953 bis 1959 nicht weniger als 53,4 Milliarden DM verplant, aber - abgesehen vom Haushaltsjahr 1959 - 5,1 Milliarden DM weniger ausgegeben. Diese 5,1 Milliarden DM werden als ungedeckte Reste mitgeschleppt und sollen nach und nach gedeckt werden. Die Frage stellt sich, ob es nicht einen besseren Weg gibt, der in einem Erlöschen der bewilligten, aber nicht verausgabten und nicht rechtsverbindlich verplanten Riesensumme und in einer nach gewissenhafter Prüfung durch die Ausschüsse des Bundestages und den Bundestag selbst vorzunehmenden Neubewilligung wirklich unabweisbarer Aufwendungen zu sehen wäre. Jedenfalls: die Beibehaltung des jetzigen Zustandes ist nicht die einzige und vor allem auch nicht die beste Lösung.

Im laufenden Rechnungsjahr 1959 sieht der Verteidigungshaushalt 10,994 Milliarden DM vor, von denen 500 Millionen DM in den ausserordentlichen Haushalt verwiesen wurden. Zwei Milliarden DM werden zur Restfinanzierung herangezogen, so dass aus dem ordentlichen Haushalt rund 8,5 Milliarden DM zur Verfügung stehen.

Die Frage lautet: werden diese 8,5 Milliarden DM wirklich in dem einen Rechnungsjahr benötigt oder bildet sich hier wieder ein neuer Juliusturm? Die Frage lautet aber auch: sind die vorgesehenen Mittel wirklich in diesem Ausmass erforderlich?

In einem Augenblick, in dem trotz des neuerlichen Entgegenkommens der Regierung die Mittel für eine befriedigende Regelung der Versorgungsbezüge der Kriegsoffer von der Regierung und der Regierungsmehrheit im Bundestag mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit weder dem Umfang noch der Zeit des Inkrafttretens nach bereitgestellt werden, ist es berechtigt und notwendig, zu prüfen, ob die rund 11 Milliarden DM des Verteidigungshaushalts benötigt werden.

Das Bild der Ausgabeentwicklung von April bis Ende September 1959 lässt durchaus den Schluss zu, dass im Verteidigungshaushalt wesentliche Ausgabeersparnisse möglich sind. Obwohl kein Grund für die Annahme vorliegt, der Verteidigungsminister habe eine gewisse Zurückhaltung geübt, wurden in den ersten sechs Monaten des Rechnungsjahres 1959 monatlich im Durchschnitt DM 552,6 Millionen DM benötigt bzw. ausgegeben. Nach dem Haushaltsansatz hätten im Monatsdurchschnitt rund 700 Millionen DM ausgegeben werden können. Selbst wenn man annimmt, im zweiten Halbjahr des Rechnungsjahres 1959, also vom 1. Oktober 1959 bis zum 31. März 1960 würden im Monatsdurchschnitt 600 Millionen DM verausgabt, würden die Gesamtausgaben des Rechnungsjahres 1959 rund 7 Milliarden DM statt 8,5 Milliarden DM betragen. Also bietet sich bei grosszügigster Berechnung eine Einsparung von 1,5 Milliarden DM an.

Sollte dieses Ergebnis bei gutem Willen unerreichbar sein? Ist es wirklich nötig, in so grosszügiger Weise zu verfahren, wie wir es seit dem Wehrbeauftragten Blank, dem späteren Verteidigungsminister, gewohnt sind? Der jetzige Verteidigungsminister Franz Josef Strauss ist - wie seine Freunde behaupten - ein kluger Mann. Vielleicht denkt er nicht nur in militärischen Kategorien, sondern auch an die Bundesfinanzen, an die Kriegsoffer und an die Steuerzahler.

+ + +

Zwischen "Dorotei" und "Fanfaniani"

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Schon seit einigen Monaten ist das politische Leben Italiens irgendwie in der Schwebe, weil jede Partei den Ausgang des am 23. Oktober beginnenden Kongresses der Christlichdemokratischen Partei (DC) erwartet. Die Krise innerhalb der DC hat mit dem Sturz der Regierung Fanfani (Januar 1959) und mit dem Rücktritt Fanfanis als Parteisekretär begonnen. Fanfanis Amtsniederlegung wurde durch die Fronde der sogenannten "Notabeln" (Pella, Andreotti, Scelba) ausgelöst; diese sind mehrheitlich nach rechts orientiert und waren nicht bereit, sich einer stark organisierten Partei und einem autoritären Apparat zu unterstellen, wie es zweifellos derjenige Fanfanis war.

Der Rücktritt Fanfanis hat die parlamentarische Allianz der DC mit den Rechtsparteien aufgelöst oder auf alle Fälle diese erschüttert. Dieser Rücktritt hat auch die Spaltung der einflußreichen christlichdemokratischen Strömung, "Iniziativa Democratica" genannt, hervorgerufen, die dann in zwei Teile zerfiel: die "Dorotei" (die sich später den rechtsstehenden "Notabeln" genähert haben) und die "Fanfaniani".

Mit großer Vorsicht, aber auch mit ebenso großer Entschlossenheit, hat Fanfani eine Agitation innerhalb der DC gestartet; bis zu den kleinsten Partei-Sektionen hat er gegen die Allianz der DC mit den Rechtsparteien und für die vollständige Verwirklichung des sozialen Programms der DC plädiert. Weitere kleinere Strömungen innerhalb der DC, die sogenannte "Base" (zusammengesetzt aus ehemaligen Gronchi-Anhängern) und diejenige von "Rinnovamento" (aus Gewerkschaftlern bestehend), haben sich ihm angeschlossen.

Fanfani hat jegliche Verständigung mit den "Dorotei" vor dem Kongreß abgelehnt und sämtliche diesbezüglichen Beschlüsse nach dem Kongreß verschoben. Die "Dorotei" ihrerseits, an der Spitze der Parteisekretär Moro, geben sich alle Mühe, sich nicht allzu viel mit den Rechtsparteien zu kompromittieren. Moro wandte sich kürzlich ganz allgemein gegen jeden Totalitarismus - ob von links oder von rechts kommend. Sich an die Linkssozialisten wendend, verlangte er von diesen eine unmißverständliche Absage an die Kommunisten.

Über die Unterstützung, die die Linksozialisten - und in einem gewissen Sinne jetzt auch die Kommunisten - heute Fanfani anbieten wollen, ist innerhalb der DC eine heftige Diskussion im Gange. In der Tat lehnt auch Fanfani die linksozialistische Unterstützung ab, ob-
schon man sich nicht richtig vorstellen kann, wie eine Parlaments-
mehrheit für ein soziales Reformprogramm ohne die Hilfe der Linkso-
zialisten Nenni zustandekommen soll.

Am 23. Oktober werden in Florenz Beschlüsse gefaßt und Entschei-
dungen getroffen werden, die weit über den Rahmen eines gewöhnlichen
Parteikongresses hinausgehen. Es wird allgemein angenommen, daß die
heutige rechts-zentristische Mehrheit einen entscheidenden Schlag er-
leiden wird. Aber was wird nachher geschehen?

Nenni hat bereits einer links-zentristischen Regierungsmehrheit
die parlamentarischen Stimmen der Linksozialisten zugesichert. Moro
und andere Exponenten der DC scheinen nun einer Rückkehr zur Zentrums-
koalition, wie sie De Gasperi jahrelang zu verwirklichen vermochte,
zuzustreben. Heute versteht man darunter verschiedene Kombinationen
zwischen Christlichdemokraten, Liberale, Republikaner und Sozialdemo-
kraten.

Die Stellungnahme Fanfanis kann in mancher Hinsicht als "hamle-
tisch" bezeichnet werden; dazu kommt, daß er immer wieder auf die Mög-
lichkeit von vorverschobenen Neuwahlen hinweist. Der Verlauf der Vor-
kongresse in den Provinzen weist ein Gleichgewicht zwischen "Dorotei"
und "Fanfaniani" auf; es wird angenommen, daß beide Gruppen ungefähr
35 Prozent der Stimmen erhalten werden. Nachher folgen - mit ungefähr
10 Prozent der Stimmen - die Gruppe Andreottis "Primavera" (rechter
Flügel der DC), dann die Gruppen "Base" und "Rinnovamento" mit einigen
Prozenten Stimmen.

Wie immer am Vorabend eines christlichdemokratischen Kongresses
versuchen führende Exponenten der DC (Fanfani ausgenommen) und der Ka-
tholischen Kirche einen Kompromiß zu erreichen, der die Einheit der
Christlichdemokraten garantieren und einen allzu gefährlichen Bruch
zwischen den verschiedenen Richtungen und Unterströmungen in der Par-
tei der italienischen Katholiken vermeiden soll. Dies umsomehr, als
nicht wenige Christlichdemokraten die Wiederholung einer Spaltung, wie
sie sich in Sizilien unter Milazzo ereignet hat, befürchten.

Schluckt die Demokratie wirklich alles?

sp - Die Redaktion der von den Bundeswehr-Inspektoren der Luftwaffe, Generalleutnant Kammhuber, und der Marine, Vizeadmiral Ruge, mitherausgegebene Monatszeitschrift "Wehrkunde" hat es sich in den Kopf gesetzt, ihre Leser allmonatlich zu schockieren. War es im Septemberheft der erstaunliche Algerienkrieg-Bericht des Koblenzer Generalstabs-Oberstleutnants Schwerdtfeger, so ist es im Oktoberheft der vieltätige Militärschriftsteller Ritter von Schramm, der sich an leitender Stelle einer nicht weniger beunruhigenden "systematischen Untersuchung" des Themas "Bundeswehr und Tradition" hingibt.

Der Ritter wird, nachdem er eine Anzahl durchaus vernünftiger und vertretbarer Gedanken geäußert, schliesslich aber in seinen Forderungen so deutlich, dass es der Redaktion der "Wehrkunde" (erstmalig!) geraten erschien, sich in einem Vorspann darauf zu berufen, dass der Autor nur seine eigene Auffassung vortrage, wenngleich auch sie "gern zur Diskussion" gestellt würde. Das soll hiermit geschehen.

Ritter von Schramm, der sich der Sorgen vornehmlich der "alten" Soldaten über die ihnen, so sagt er, oft keineswegs konvenierenden Entwicklungs- und Form-Erscheinungen der Bundeswehr annimmt, gliedert den Aufbau der Bundeswehr in drei Phasen auf. Die erste Phase "Primat des Politischen" zwingt er in die Blankenburger Anfangsjahre hinein, in denen man bis etwa Mitte 1957 noch "politische und psychologische Rücksichten" nehmen musste, als da sind: geänderte Uniformen ohne Orden, Rücksichtnahme auf den anti-militaristischen (in Anführungszeichen) Komplex vieler Zeitgenossen und schliesslich "Staatsbürger in Uniform" plus inneres Gefüge. Von Mitte 1957 an aber traten, so sagt Ritter von Schramm, mit dem "wachsenden Eigengewicht der Bundeswehr" die militärischen Erfordernisse mehr in den Vordergrund und: "Das Pendel bewegte sich der anderen Seite zu". Das will sagen, dass die Bundeswehr mit Herrn Strauss in die sogenannte zweite Phase "die militärischen Erfordernisse" eintrat: "Eine Reaktion auf das anfängliche Übergewicht der politischen und militärischen Rücksichten hat naturgemäss (!) nicht ausbleiben können", denn schliesslich sei der Soldat eben "nicht nur Bürger und Staatsbürger, sondern auch Militär mit eigenständiger Aufgaben", wobei sich der "soldatische und militärische Innungsgeist allmählich stärker zu regen" begann.

Um bei der Diktion des Ritters von Schramm zu bleiben, ist es dann eigentlich auch nur naturgemäss, wenn diese zweite Phase des Aufbaus der Bundeswehr "durch eine gewisse militärische Reaktion gekennzeichnet (ist), aber auch durch eine soldatische Renaissance". Diese Entwicklung sei, so vermerkt der Ritter, nicht selten "als Anzeichen der Wiederkehr des 'Militarismus' angesprochen worden, während in Wirklichkeit mit der Kräftigerwerden des Militärischen tatsächlich das politische Gewicht (sic!) der Bundeswehr grösser wurde".

Die Konsequenz erleben wir, nun schon nicht mehr überrascht, in der dritten Aufbau-Phase der Bundeswehr, genannt "Der Soldat im politischen Zeitalter", wobei wir bei Ritter von Schramm lesen:

"Dem Sinn der Zeit und ihren Aufgaben entsprechend ist die Bundeswehr weder eine Partei-Armee oder ein nur von politischen Rücksichten bestimmtes, aber auch kein rein militärisches Instrument und als solches ein 'Staat im Staate'".

Man muss diesen Satz mehrmals langsam lesen, um seine letzten Feinheiten verstehen und geniessen zu können, einschliesslich des mutigen Husarenritzes mit dem "Staat im Staate". Oder gehört etwa schon gar kein

Mut mehr dazu, diesen Begriff, der gestern noch als Verderbnis für den demokratischen Staat ans Kreuz geschlagen wurde, heute so einfach und leger, wenn auch noch in Gänsefüßchen, der Bundeswehr als Etikett umhängen zu wollen? Vielleicht schlucken die müde gewordenen Demokraten das schon widerspruchslos?! Mal sehen ...

Dieser "Mut nach vorn", der uns Zivilbürgern auf diese Weise in der Kamhuber-Rugeschen "Wehrkunde" zugemutet wird, umfasst dann auch ganz zwanglos noch in einem Aufwaschen das Kapitel "Die unterbrochenen Traditionen" (man beachte auch hier die elegante Diktion), wobei uns ganz unverfroren mitgeteilt wird:

"Unterdessen hat sich die politische und militärische Kontrolle so eingespielt (sic!), die Bundeswehr selbst so viel Vertrauen erworben, dass es Zeit ist (!), an die Wiederherstellung bestimmter soldatischer Traditionen zu denken, die zur Eigenständigkeit der Armee gehören. Das, was an ihre Stelle trat, hat sich nicht immer als zweckmässig erwiesen."

Und nun referiert der Ritter von Schramm über die Klagen "der Soldaten" und nennt unter Punkt 1 "Den Vorrang des Zivilen vor dem Soldatischen", wobei wir ebenso wie unter Punkt 2 "Trennung von Führung und Verwaltung unter Vorrangstellung der Verwaltung" unter bewusster Verallgemeinerung zweifellos abstell- und reformbedürftiger Mängelerscheinungen zwischen den Zeilen die Forderung nach völliger Zurückdrängung in die "traditionelle Eigenständigkeit" vorgesetzt bekommen. Doch das und anderes sind nur kleine Fische, wobei nicht einmal das Verlangen nach der "Renaissance" des "militärischen Zeremoniells und soldatischen Rituale" noch erregen kann.

Entscheidend in diesem Forderungs-Katalog der von Ritter von Schramm zitierten, wenn auch nicht genannten Bundeswehr-Soldaten ist Listen-Punkt 6, der hier in seinen wesentlichen Sätzen wörtlich zitiert sei:

"Die Armee als solche ist weder in der Regierung noch im Kabinett, weder in Bundestag noch in den Landtagen vertreten. Sie hat z.B. auch keine Vertreter im Bayerischen Senat noch in den Rundfunkräten, trotz ihres zunehmenden zahlenmässigen Gewichts."

Das also ist des Pudels Kern, und dieser Kern ist von so gefährlicher Sprengkraft, dass es wieder geraten und geboten erscheint, die Aufmerksamkeit der Bundesbevölkerung und die Wachsamkeit des ganzen Parlaments aufzurufen. Was hier unter der klingenden Parole von der "Eigenständigkeit" und dem "Eigenleben der Armee gegenüber Staat und Gesellschaft" verkauft werden soll, das ist haargenau der Inhalt der Sorgen und Befürchtungen, die in Millionen demokratischer Bürger wach geworden sind, als - so stellt Ritter von Schramm fest - Konrad Adenauer "die politische Direktive zur Wiederbewaffnung" gegeben hatte.

Es hat Jahre gebraucht und unerhört viel Mühe gekostet, bis es möglich gewesen ist, der neuen demokratischen Bundeswehr in immer grösseren und weiteren Kreisen und Schichten des Volkes das gesunde Vertrauen zu geben, das sie benötigt, um ihre gesetzliche Aufgabe als Instrument des Staates zu erfüllen. War und ist das alles etwa nichts als Plunder? Ist es schon wieder an der Zeit und opportun, das garstige Lied von einer "eigenständigen" Armee zu gröheln, die "gegenüber Staat und Gesellschaft" ein Eigenleben führen darf und das Recht haben soll, "dank ihres zunehmenden zahlenmässigen Gewichts" in Parlament und Regierung ihre Vertreter zu entsenden, um damit politisches Gewicht zu haben und auszuüben? Der Ritter von Schramm berief sich zur Stützung seiner Aussagen auf Clausewitz, der gefordert habe "die Wahrheit zu sagen, nichts als die Wahrheit, die ganze Wahrheit". Was aber ist dann die ganze Wahrheit?

Die Vergessenen

sp - Am Dienstag hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Anwesenheit der bundesrepublikanischen Prominenz, angefangen von Bundespräsident Lübke über Adenauer, Erhard, Strauss bis Heusinger, seinen zehnjährigen Geburtstag gefeiert. Das ist sein gutes Recht. Bei den Festansprachen machte man sich gegenseitig Komplimente. Es wurde über die Leistung der "Deutschen Wirtschaft" in den vergangenen zehn Jahren gesprochen und mit Genugtuung auf die eigene Tüchtigkeit verwiesen. Auch das ist verständlich.

Kein Wort wurde jedoch über folgende Tatsachen gesagt:

Die Tatsache, dass in den Jahren nach dem Zusammenbruch bis zur Währungsreform die deutschen Arbeitnehmer mit bewunderswürdiger Energie bei schlechter Bezahlung in Reichsmark-Löhnen, bei mangelhafter Ernährung und trotz vieler anderer Entbehrungen durch ihre Arbeitsleistung - im ganzen gesehen - die deutsche Wirtschaft überhaupt erst wieder funktionsfähig gemacht haben.

Die Tatsache, dass in diesen schweren Jahren besonders die Führung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie im In- und Ausland mit Erfolg gegen die unsinnige Demontagepolitik der ehemaligen Siegermächte ankämpften. Genannt seien nur die Namen Hans Böckler, Professor Erik Nölting, Dr. Kurt Schuracker!

Die Tatsache, dass nach der Währungsreform und nach der Gewährung der Marshall-Hilfe die deutschen Aktienwerte inzwischen 1:1 und noch mehr aufgewertet wurden, wodurch in der Folge auf der Grundlage einer gemeinsamen Arbeitsleistung aller deutschen Arbeitnehmer die Kapitalbildung eindeutig zu Gunsten der Aktienbesitzer ermöglicht wurde.

Wir glauben, an diese Tatbestände erinnern zu müssen, da ohne sie die zehnjährige Geburtstagsfeier des BDI keinen Rückblick auf ein Wirtschaftswunder gestattet hätte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschoffel